

Jan C. Behrends · Thomas Lindenberger · Patrice G. Poutrus

Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung (2003)

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.892>

Reprint von:

Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung*, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 9-21

ISBN 3-936411-01-08

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2015 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung (2003), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.892>

Ursprünglich erschienen als: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 9-21

Fremde und Fremd-Sein in der DDR

**Zu historischen Ursachen
der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland**

Herausgegeben von

JAN C. BEHRENDTS

THOMAS LINDENBERGER

PATRICE G. POUTRUS

METROPOL

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

**Fremde und Fremdsein in der DDR : zu historischen Ursachen
der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland / Jan C. Behrends ; Thomas
Lindenberger ; Patrice G. Poutrus (Hrsg.)**

– Berlin : Metropol 2003

ISBN 3-936411-01-8

ZZF 14964

**Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek**

© 2003 Metropol Verlag

Kurfürstenstr. 135

D-10785 Berlin

www.metropol-verlag.de

Druck: Fuldaer Verlagsagentur

Inhalt

JAN C. BEHRENDTS · THOMAS LINDENBERGER · PATRICE G. POUTRUS

Fremde und Fremd-Sein in der DDR Zur Einführung	9
--	---

JÜRGEN DANYEL

Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur	23
---	----

Staatssozialismus als Fremdherrschaft

GÁBOR T. RITTERSPORN

Fremde in einer Gesellschaft der Fremden: Das sowjetische Beispiel	43
---	----

OLIVER VON WROCHEM

Die sowjetischen „Besatzer“ Konstruktionen des Fremden in der lebensgeschichtlichen Erinnerung	57
---	----

JAN C. BEHRENDTS

Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“ Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990)	75
--	----

Gesamtdeutsche Dimensionen

CHRISTOPH CLASSEN

Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten	101
--	-----

INA DIETZSCH

- Deutsch-Sein in einem geteilten Land
Das Problem kultureller Zugehörigkeiten 127

NICOLE HIRSCHLER-HORÁKOVÁ

- Deutsche aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik und der DDR
Aspekte des Vertretungsanspruches in den 1950er Jahren 141

Soziale Ausgrenzung in der DDR

HEIKE VAN HOORN

- Zwischen allen Stühlen
Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler
in den ersten Jahren der SBZ/DDR 159

THOMAS LINDENBERGER

- Das Fremde im Eigenen des Staatssozialismus
Klassendiskurs und Exklusion am Beispiel der Konstruktion
des „asozialen Verhaltens“ 179

ELFIE REMBOLD

- „Dem Eindringen westlicher Dekadenz ist entgegenzuwirken.“
Jugend und die Kultur des Feindes in der DDR 193

JOAN HACKELING

- Das „Fremde“ im Spannungsfeld
zwischen Herrschaft und gesellschaftlicher Praxis:
Das Beispiel Rostock 1978–1989 215

Ausländer in der DDR

PATRICE G. POUTRUS

- Mit strengem Blick
Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS 231

UTA RÜCHEL

- Zwischen Paternalismus und Solidarität:
das SWAPO-Kinderheim in Bellin 251

DENNIS KUCK

„Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat“?
Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR..... 271

RITA RÖHR

Ideologie, Planwirtschaft und Akzeptanz
Die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in Betrieben
des Bezirkes Frankfurt/Oder 283

ANNEGRET SCHÜLE

„Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt.“
Die Wahrnehmung der Vertragsarbeitskräfte aus Schwarzafrika
und Vietnam durch Deutsche im VEB Leipziger Baumwollspinnerei 309

Anhang

JAN C. BEHRENDTS · DENNIS KUCK · PATRICE G. POUTRUS

Thesenpapier: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit
in den Neuen Bundesländern 327

Abkürzungsverzeichnis 334

CHRISTOPH KALTER · MARCEL STRENG

Bibliographie „Fremde und Fremdsein in der DDR“ 339

Die Autorinnen und Autoren 373

JAN C. BEHRENDIS · THOMAS LINDENBERGER · PATRICE G. POUTRUS

Fremde und Fremd-Sein in der DDR

Zur Einführung

Nach dem 11. September 2001 schienen viele zuvor intensiv debattierte Themen schlagartig an Brisanz verloren zu haben – so auch die Welle der fremdenfeindlichen Gewalt, die Deutschland im Sommer 2000 erschütterte und die den Anstoß zur wissenschaftlichen Tagung „Fremde und Fremd-Sein in der DDR“ am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) im Dezember desselben Jahres gab. Aus einiger Distanz zeigt sich jedoch, daß beide Phänomene – trotz ihrer unterschiedlichen Tragweite – auf ein grundlegendes Problem moderner Gesellschaften verweisen, das im vorliegenden Band am Beispiel der DDR expliziert wird: die Frage nach der Fähigkeit und dem Willen zur Integration der „Fremden“ bzw. des „Anderen“ in eine moderne Gesellschaft.

Die Stellung „Fremder“ in der deutschen Gesellschaft war stets Gegenstand öffentlicher Selbstreflexion, begleitet von einer langen Tradition der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Bereits zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts beschrieb der Soziologe Georg Simmel die prekäre Rolle des „Fremden“, die aus einer „Einheit von Nähe und Entferntheit“ bestehe.¹ An die klassische Definition des „Fremden“ von Simmel („der, der heute kommt und morgen bleibt“) anknüpfend, entspann sich seitdem eine breite soziologische Debatte, die nach den sozialen Konsequenzen von Differenz in der modernen Gesellschaft fragt.² Für die historische Forschung zur DDR läßt sich aus dieser Diskussion ableiten, daß jede Untersuchung eben nicht allein die „Fremden“, sondern auch die Aufnahmegesellschaften thematisieren muß: „Wer das Fremde als Fremdes verstehen will, muß nach den Bedingungen fragen, unter denen

1 Georg Simmel, Exkurs über den Fremden, in: ders., *Soziologie. Untersuchungen über Formen der Vergesellschaftung* (erste Auflage 1908), hrsg. v. Otthein Rammstedt, Gesamtausgabe, Bd. 11, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1999, S. 764–771, hier 765. – Wir danken Marcel Streng für hilfreiche Kommentare bei der Erarbeitung dieser Einleitung.

2 Vgl. den Überblick bei Armin Nassehi, *Der Fremde als Vertrauter. Soziologische Beobachtungen zur Konstruktion von Identitäten und Differenzen*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS)* 47 (1995), S. 443–463, bes. 444–454, mit weiterführenden Literaturangaben.

gesellschaftliche Strukturen und Prozesse als vertraut gelten.“³ Die Perspektive der hier vorgelegten Arbeiten richtet sich daher nicht allein auf die verschiedenen Gruppen von „Fremden“ in der DDR, sondern fragt vor allem nach den Strukturen, die „Fremdheit“ in der staatssozialistischen Diktatur konstituierten.

Der sozialwissenschaftlichen Diskussion über „Eigenes“ und „Fremdes“, die sich mit der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, dem Nationalismus in den post-sowjetischen Transformationsgesellschaften und den kriegerischen ethnischen Konflikten in Südosteuropa beschäftigt, fehlt es vielfach noch an einer historischen Dimension.⁴ Häufig wurde behauptet, es sei nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa und dem Kollaps der Sowjetunion zu einer Re-Ethnisierung der Politik und zum Aufleben eines aggressiven Nationalismus in diesen Regionen gekommen.⁵ Jüngere historische Studien weisen jedoch in eine andere Richtung: Demnach stieg der aggressive Nationalismus nach 1989 nicht wie Phönix aus der Asche des untergegangenen Sozialismus. Vielmehr treten bei der Beschäftigung mit den Versuchen der Herrschaftslegitimation im Staatssozialismus deutlich die Kontinuitäten nationalen Denkens in den betroffenen Staaten zutage.⁶ Norman Naimark hat unlängst in einer breit angelegten Vergleichsstudie, die auch nicht-sozialistische Gesellschaften einschließt, die enge Wechselbeziehung zwischen ethnischen Säuberungen und dem modernen Nationalstaat herausgearbeitet.⁷ Anders formuliert: Der Nationalismus, mit dem man heute in postsowjetischen Gesellschaften konfrontiert ist, stellt keine Wiedererfindung, sondern ein Element der Kontinuität dar, das auch nach dem Ende der Regime blieb.

3 Ebenda, S. 449.

4 Vgl. etwa die Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Debatte in Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein, *Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg u. a. 1990; Ulrich Bielefeld (Hrsg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?*, Hamburg 1998.

5 Vgl. Klaus von Beyme, *Systemwechsel in Osteuropa*, Frankfurt a. M. 1994, bes. Kapitel 4: Die neue Ideologie im Machtvakuum. Der Nationalismus in Osteuropa, S. 124–174; s. a. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.), *Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte: eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. Oktober 1995 in Erfurt*, Bonn 1996 (= Gesprächskreis Arbeit und Soziales, 62); URL: <http://library.fes.de/fulltext/asfo/00683toc.htm>.

6 Vgl. etwa Terry Martin, *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Ithaca u. a. 2001; ders., *Modernization or neo-traditionalism? Ascribed nationality and Soviet primordialism*, in: Sheila Fitzpatrick (Hrsg.), *Stalinism. New Directions*, London/New York 2000, S. 348–367; Renata Salecl, *National Identity and Socialist Moral Majority*, in: Geoff Eley/Ronald Grigor Suny (Hrsg.), *Becoming National. A Reader*, New York/Oxford 1996, S. 418–425; Katherine Verdery, *National Ideology under Socialism: Identity and Cultural Politics in Ceausescu's Romania*, Berkeley 1991; Marcin Zaremba, *Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce*, Warschau 2001.

7 S. Norman Naimark, *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, Cambridge/Mass. u. a. 2001

Die sozialhistorische Forschung hat sich mit den Praktiken der Inklusion und Exklusion und dem Umgang mit „Fremden“ unter staatssozialistischer Herrschaft bisher nur am Rande beschäftigt.⁸ Dieser Befund trifft auch für die historische DDR-Forschung zu. Ziel des vorliegenden Bandes ist es deshalb, aus laufenden Projekten erste Ansätze zu dieser Problematik zu präsentieren. Gleichzeitig sind die Beiträge des Bandes auch als Reaktion auf ein am ZZF erarbeitetes Thesenpapier zu lesen, das im Frühjahr 2000 veröffentlicht und anschließend in der historischen Fachöffentlichkeit diskutiert wurde.⁹ Das Thesenpapier entstand bereits vor der öffentlichen Debatte über Fremdenfeindlichkeit des Sommers 2000; es war das Produkt einer Zusammenarbeit der ZZF-Projektgruppe „Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur“ mit der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, Almuth Berger, und dem „Aktionsbündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt“ des Landes Brandenburg.¹⁰ Diese Kooperation geht auf eine gemeinsame Tagung im Jahre 1998 am Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung in Brühl zu „prekären Lebenslagen in der DDR“ zurück, auf der uns Almuth Berger zur weiteren Beschäftigung mit den „Fremden“ in der DDR anregte. Die Beschäftigung mit „Fremden“ in der DDR verstehen wir als integralen Bestandteil einer Geschichte des *Alltags* in der Diktatur, die auch Minderheiten, Randgruppen und Außenseiter dieser Gesellschaft und ihre Geschichten systematisch einbezieht.

Anliegen des Thesenpapiers war es, die Diskussion um die *Ursachen* der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern – die zunächst hauptsächlich auf die Härten des Transformationsprozesses zurückgeführt wurden¹¹ – um eine historische Perspektive zu ergänzen. Dabei ist uns jedoch klar, daß historische Erklärungen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, also der Rekurs auf in der Vergangenheit liegende Ereignisse und Entwicklungen, womit wir hier die in der DDR *und* davor liegenden

- 8 Vgl. aber zur SU die Arbeiten von Golfo Alexopoulos, *Rights and Passages: Marking Outcasts and Making Citizens in Soviet Russia, 1926–1936*, Diss., Univ. of Chicago 1996, und Jörg Baberowski, „Entweder für den Sozialismus oder nach Archangel’sk!“ Stalinismus als Feldzug gegen das Fremde, in: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens* 50 (2000), H. 6, S. 617–637.
- 9 S. den Abdruck des Thesenpapiers im Anhang dieses Bandes, ferner Jan C. Behrends/Dennis Kuck/Patrice G. Poutrus, *Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern*, in: URL: <http://www.zzf-pdm.de/papers/thesp.html>, und leicht überarbeitet dies., *Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B 39* (2000), S. 15–21.
- 10 Zur Arbeit der Projektgruppe s. Thomas Lindenberger (Hrsg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999. Aus dieser ist eine neue Projektgruppe am ZZF Potsdam hervorgegangen, bestehend aus Patrice G. Poutrus (*Die „Polit-Emigranten“. Eine sozialhistorische Studie zu Fremden und Fremd-Sein in der DDR*) und Christian Th. Müller (*Die Wahrnehmung der sowjetischen Streitkräfte in der ostdeutschen Bevölkerung*).
- 11 S. etwa Wilhelm Heitmeyer, *Wenn der Alltag fremd wird. Modernisierungsschock und Fremdenfeindlichkeit*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 36 (1991), H. 7, S. 851–858.

meinen, keine exklusive Erklärung des Phänomens beanspruchen können. Wir schließen die ökonomischen und mentalen Verwerfungen der Systemtransformation nicht aus unserem Erklärungsansatz aus, im Gegenteil: Wir meinen, daß sie weiter zurückliegende Faktoren verstärken. In ihrer wechselseitigen Verschränkung vervielfachen sie deren Wirkungen und tragen zur heutigen Lage bei. Schon in der DDR waren sowohl die gesellschaftliche Stellung „Fremder“ als auch der Umgang der herrschenden SED mit ihnen prekär und ambivalent. Nach 1989/90 kam es folglich zur Steigerung eines bereits vorhandenen gesellschaftlichen Spannungszustandes. Als Historiker konzentrieren wir uns hier jedoch auf die Problematik der Zeit vor 1989. Wie heute und gestern zusammenhängen, insbesondere, wie in den neunziger Jahren jener intergenerationelle Wertetransfer funktionierte, der aus Kindern von passiv-fremdenfeindlichen DDR-Eltern aktiv-rassistische gewaltbereite Jugendliche machte, kann nur durch weitere interdisziplinäre Forschungen aufgeklärt werden. Dazu soll der vorliegende Band ein erster Beitrag von historischer Seite sein, auch wenn er gerade in dieser Hinsicht gewiß mehr Fragen stellt, als er zu beantworten vermag.

Es ist selbstverständlich ebenso notwendig und berechtigt, sich auch über „historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit“ (und ihrer „politischen“ Erscheinungsformen wie Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus) in den alten Ländern der Bundesrepublik Gedanken zu machen. Die Brisanz und Aktualität dieser Thematik ist in der Forschung unumstritten.¹² Gerade um zu einem differenzierten Bild für die vereinte Bundesrepublik zu kommen, gilt es jedoch festzuhalten: Es gibt eine Symptomatik spezifisch ostdeutscher Fremdenfeindlichkeit. Das gilt zum einen für ihre soziale Qualität: Rassistisch motivierte Gewalt gegen Fremde wird in hohem Maße von einer schweigenden Mehrheit nicht nur hingenommen, sondern in etlichen Fällen auch mehr oder weniger offen gutgeheißen bzw. im „harmloseren“ Fall im nachhinein bagatellisiert und unter Verweis auf selbst erlittene Benachteiligungen relativiert. Das gilt zum anderen erst recht für die quantitative Seite, wenn man die Perspektive der Opfer zum Maßstab nimmt: Das Risiko von Personen, die durch ihr Aussehen oder ihre Sprache als „fremd“ wahrgenommen werden, Opfer einer fremdenfeindlich motivierten Straftat zu werden, ist im Osten der Republik ungefähr zwanzig Mal so groß wie im Westen.¹³ Somit muß festgehalten werden: Das Niveau der verwirklichten und gemäß unserer Verfassung jedem Menschen zustehenden Grundrechte ist für „fremde“ Menschen im Osten erheblich abgesenkt. Der Landfrieden

12 Vgl. aus historischer Perspektive Wolfgang Benz (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik: Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen*, Frankfurt a. M. 1990; ders. (Hrsg.), *Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland*, Frankfurt a. M. 2001; aus der Sicht der politischen Extremismusforschung vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, München 1999; Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn 2001.

13 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 1999*, Berlin 2000.

und seine institutionelle Voraussetzung, das staatliche Gewaltmonopol, sind dort Illusion, wo neonazistische Kader in Wohngebieten „national befreite Zonen“ durchsetzen und jugendliche Glatzköpfe die Umgebung von Bahnhöfen und innerstädtische zentrale Plätze in „Angstzonen“ verwandeln. Allein das ist Grund genug, nach historischen Erklärungen für diese erschreckenden Zustände zu fragen.

Wenn in der öffentlichen Debatte von Autoren aus der ehemaligen DDR für die Anerkennung der spezifischen Eigenheiten Ostdeutscher im vereinten Deutschland gestritten wird,¹⁴ dann müssen auch die Schattenseiten der vergangenen DDR-Gesellschaft – und was heute noch davon virulent ist – als solche kritisch thematisiert werden. Problematisch erscheint es uns etwa, wenn die enorme Staatsfixiertheit und der hohe Stellenwert von sozialer „Gleichheit“ in der DDR-Gesellschaft in den Neuen Bundesländern als ein Wert betrachtet wird, den es ungebrochen als bewahrenswertes Erbe in das vereinigte Deutschland hinüberzuretten gelte.¹⁵ Derartige mentale Überhänge müssen in ihrer Ambivalenz anerkannt werden: Es handelt sich zugleich um gesellschaftliche Hypotheken und konstruktive Wertvorstellungen. Die Kehrseite der vom Staat gewährten und organisierten „Gleichheit“ macht sich noch heute in den Neuen Bundesländern als umfassender Mangel an zivilgesellschaftlichem „Sozialvermögen“ (*social capital*) bemerkbar, der die Stellung „Fremder“ in der ostdeutschen Gesellschaft beeinträchtigt und ihre Integration nach der Wende erschwert.¹⁶ Es scheint dringender denn je, die aus DDR-Zeiten tradierte und auch heute vielfach genährte Illusion zu entkräften, allein der Staat sei in der Lage, die gesellschaftlichen Konfliktlagen – auch im Umgang mit „Fremden“ – „von oben“ zu lösen. Genausowenig darf der Verweis auf die historischen Wurzeln dieser Erwartungshaltung dazu mißbraucht werden, heutige Täter und die Gesellschaft, die ihren Verbrechen tatenlos zusieht, von ihren jeweiligen Verantwortlichkeiten freizusprechen.

Im Interesse einer gesellschaftsgeschichtlichen Herangehensweise verwenden wir bewußt den Begriff „Fremdenfeindlichkeit“, der eine tendenziell mehrheitsfähige Einstellung bezeichnet. In Abgrenzung zu Rechtsextremismus und Neonazismus als politisierter radikaler Einstellung einer Minderheit mit ihrer zugehörigen Subkultur erlaubt er einen breiteren Blick auf die Gesellschaft. Die Frage nach den Konstruktionen von „Eigenem“ und „Fremdem“, nach den Grenzen des „Eigenen“ und nach den Konsequenzen dieser Konstrukte in der diktatorisch verfaßten Gesellschaft der DDR steht im Mittelpunkt der hier vorgestellten Untersuchungen. Neonazistische Ideologien und Einstellungen konnten durch diese Konstruktionen konserviert und rassistische

14 Vgl. Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999; Dietrich Mühlberg, *Beobachtete Tendenzen zur Ausbildung einer ostdeutschen Teilkultur*, in: APuZ B 11 (2001), S. 30–38.

15 Vgl. Thomas Ahbe/Monika Gibas, *Der Osten in der Berliner Republik*, in: APuZ B 1/2 (2001), S. 15–22.

16 Zum Begriff des *social capital* vgl. Robert Putnam, *Making Democracy Work*, Princeton 1993.

Gewalt legitimiert werden. Darin geht Fremdenfeindlichkeit aber nicht auf.¹⁷ Wer in der DDR als „fremd“ kategorisiert und dann auch wahrgenommen wurde, richtete sich keineswegs *exklusiv* nach rassistischen Vorstellungen. Das Bild des „Klassenfeindes“ etwa war keine rassistische Konstruktion, sondern ein potentiell flexibler Mechanismus zur Ausgrenzung.¹⁸ Der lärmende Anti-Amerikanismus und die verbreitete Feindschaft gegen Westdeutsche zeigen, daß die Grenzen der vorgestellten Gemeinschaft in der DDR fluide waren und sich nicht nur an ethnischen Kriterien orientierten. Auch *innerhalb* der DDR-deutschen Gesellschaft spielte die Fremdheit zwischen soziokulturellen Gruppierungen eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt die zwischen der einer exklusiven Sphäre der Herrschaft angehörenden Funktionärselite des SED-Staats und der breiten Masse der DDR-Bürger.

Über den Rahmen der DDR-Forschung hinaus dürfte die Frage, wie die beiden historischen Ursachen-Bündel – die spezifische Fremdenfeindlichkeit im Westen und im Osten Deutschlands – seit 1989 miteinander interagierten und damit das Syndrom hervorbrachten, mit dem wir heute konfrontiert sind, zu den wichtigsten Untersuchungsgegenständen für die zukünftige Geschichtsschreibung der Vereinigung werden.

Fremdenfeindlichkeit wird hier als Produkt eines historisch kontingenten Bedingungsgefüges, das zum genaueren Verständnis erst einmal in Komponenten analytisch „zerlegt“ bzw. dekonstruiert werden muß, aufgefaßt. Fremdenfeindlichkeit ist keine Wesenheit der von ihr befallenen Kollektive, sie *hat* konkret-rekonstruierbare Ursachen. Diese zu identifizieren heißt zunächst, nach Ideologien und Praktiken der Ausgrenzung und Einschließung, nach den mit ihnen verbundenen Mechanismen gesellschaftlicher/staatlicher Disziplinierung, nach der Pfadabhängigkeit kollektiver Mentalitäten zu fragen. Das beinhaltet in Deutschland natürlich vor allem die Frage nach den Wirkungen der NS-Vergangenheit, aber auch nach der Politik des SED-Staats, die nur mittelbar die Situation von Ausländern berührten. Zum zweiten müssen für Nachkriegsdeutschland der Kalte Krieg und die daraus resultierende innerdeutsche Konkurrenzsituation, also die Praxis der Abgrenzung und wechselseitigen Ausgrenzung durch hegemoniale Diskurse und die dazugehörigen Staatsideologien in Rechnung gestellt werden. Aus diesen Prämissen ergibt sich das breite thematische Spektrum und auch die vergleichende Perspektive des Bandes.

Schließlich zeigte – wie oben bereits angedeutet – der Blick in die Forschungslandschaft, daß Fremdenfeindlichkeit bzw. der Umgang mit den „Anderen“ in der DDR

17 S. a. Ruud Koopmans, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland: Probleme von heute – Diagnosen von gestern, in: *Leviathan* 29 (2001), H. 4, S. 449–483, hier S. 472 ff. Die bloße Tatsache, daß im Alltag der ostdeutschen Gesellschaft rassistische Stereotype (wie auch ihre Kritik!) verbreitet waren, stellt nach unserer Meinung kein Spezifikum der DDR dar.

18 Zur je nach gesellschaftlichen und historischen Konstellationen variierenden Verknüpfung von rassistischen und Klassendiskursen s. nach wie vor Robert Miles, *Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs*, 3. Aufl., Hamburg 1999 (engl. Originalausg. *Racism*, London 1989), bes. S. 131–171.

bisher kaum zu einem eigenen Untersuchungsobjekt in der historischen Forschung erhoben wurde. Dennoch stellten viele der von uns angesprochenen Forscherinnen und Forscher bei ihrer empirischen Arbeit an anderen Themen fest, daß das Phänomen an den unterschiedlichsten Orten, auf den verschiedensten Ebenen und zu allen Zeiten in der DDR auftauchte. In zahlreichen Publikationen zu in den letzten zehn Jahren erforschten Spezialthemen finden sich zumeist eher beiläufige Verweise, Episoden und Belege für die Virulenz des Problems „Fremdsein in der DDR“. ¹⁹ Wie Hans-Herman Hertle auf der Tagung an einem Beispiel aus seinen Forschungen über die letzten Monate der SED-Diktatur zeigen konnte, lassen sich bei genauem Hinsehen bereits für die Frühphase der demokratischen Revolution des Herbst 1989 Hinweise auf die öffentliche Artikulation eines nationalistischen Rassismus nachweisen: Auf einer Demonstration am 31. Oktober in Wolfen, also bereits vor der Grenzöffnung, die auch den freien Reiseverkehr westdeutscher Neonazis in die DDR ermöglichte, so zitierte er aus einem Bericht der Bezirksleitung Halle der SED, trugen die Teilnehmer Transparente mit Aufschriften wie „Egon, wir wollen Taten sehen, sonst sagen wir auf Wiedersehen“ oder „Freie Wahlen ohne falsche Zahlen“, aber auch „Deutschland den Deutschen, Schwarze raus aus der DDR“. ²⁰

Derartige Hinweise sind während der „Wende“ und in den ersten Jahren nach der Vereinigung entweder geflissentlich übersehen oder als untypische Ausnahmen beiseite gelassen worden. In der berühmt-berüchtigten Liste des „roten Buches“ über die DDR-Forschung im Jahre 1994 ist kein einziges Projekt zu dieser Problematik aufgeführt. ²¹ Das sei hier als Effekt einer innerwissenschaftlichen, aus der alten Bundesrepublik herrührenden Arbeitsteilung vermerkt, die den damals vorherrschenden Perspektivierungen der DDR-Geschichte mit ihrem quasi-verordneten Totalitarismus-Ansatz entsprach. Erfolgreich wurde damals die Profilierung von Fragestellungen und Themen, die zugleich ungelöste Probleme der „siegreichen“ westdeutschen Gesell-

19 Vgl. etwa Hans-Hermann Hertle, Funktion und Bedeutung der Massenorganisationen am Beispiel des FDGB, in: 22. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Protokoll der Anhörung „Erfassung und Einbindung des Menschen im SED-Staat: Zur Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“ v. 11. 2. 1992, hrsg. v. Deutschen Bundestag/Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1993, S. 166–194, hier bes. 184–187, „Vorkommnisse mit ausländischen Werkträgern“.

20 SED, Bezirksleitung Halle, 1. 11. 1989, Bericht über den Verlauf und Inhalt der am 31. 10. 1989 im Bezirk Halle stattgefundenen bedeutsamen Veranstaltungen und Demonstrationen, Landesarchiv Sachsen, IV/F-2-5-261, Bl. 131 f. Hans-Herman Hertle hat uns dankenswerterweise seine Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt.

21 Thomas Heimann (Bearb.), Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte: Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim (Stand: Dezember 1993), hrsg. v. der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, Bonn 1994. Auch seitdem hat sich nicht viel getan, vgl. die von der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ veröffentlichten „Projektmeldungen“, in: URL: <http://www.stiftung-aufarbeitung.de>.

schaft angesprochen hätten, ausgespart. Die Wucht, mit der die Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsdebatte in den letzten Jahren in die erste Reihe der politischen Agenda aufgerückt ist, bestätigt diese Einschätzung.

Damit berührt die hier behandelte Thematik nur vordergründig ein rein ostdeutsches Thema. Seine möglichen Implikationen gehen weit darüber hinaus. Auch die Tage einer auf Westdeutschland beschränkten Zeitgeschichte des Umgangs mit „Fremden“ sind gezählt, ohne daß damit deren Eigengewicht für die Entwicklung der größeren und materiell gewichtigeren Alt-BRD in Frage gestellt werden soll.²⁰ Daß es sich um ein in der ost- wie westdeutschen Gesellschaft virulentes Problem handelt, zeigten die Reaktionen auf das Thesenpapier: Sie waren zum Teil heftig – sowohl aus dem Osten wie aus dem Westen. Aus dem Osten reichte das Spektrum von polemischen Zurückweisungen über nachdenklich-betroffene Bestätigungen bis hin zu ausdrücklicher Zustimmung und Dank für die Argumentationshilfe in der politischen Auseinandersetzung vor Ort. Aus dem Westen kamen positive Reaktionen, die das Thesenpapier als Beitrag zum besseren Fremdverstehen der ostdeutschen Gesellschaft lasen.

Das bestätigt ein weiteres Mal: Auch bei diesem Aspekt der DDR-Geschichte gilt, daß ihre Aufarbeitung konsequent plural und kommunikativ angelegt sein muß, nicht nur von den Methoden und Themen, sondern auch von den Perspektiven und Betroffenheiten her. Gefragt sind weder ausschließliche Selbsterfahrungs-Geschichte „von Betroffenen für Betroffene“ noch eine reine Feldforschungs-Geschichte von westlichen Missionaren unter ostdeutschen Eingeborenen. Die Kombination der vielfältigen Abschattierungen zwischen beiden Extremen ermöglicht, wie die Tagung gezeigt hat, eine historische Kritik, die ohne Siegerposen und einseitige Denunziationen, aber auch ohne moralische Vorschußlorbeeren und falsche Nachsicht auskommt. In diesem Sinne sind Tagung und Tagungsband Versuche, die verstreuten Kräfte und Kompetenzen zu bündeln, um durch genaues Hinschauen und ohne ideologische Scheuklappen die Diskussion über ein Thema voranzubringen, das die Gesellschaften in Deutschland und insgesamt in Europa voraussichtlich noch lange beschäftigen wird.

Zu den Beiträgen

Der hier vorgestellten Sichtweise folgt die Gliederung dieses Bandes, der mit wenigen Erweiterungen das Spektrum der Beiträge auf der gleichnamigen Fachtagung vom Dezember 2000 wiedergibt. Den vier thematischen Schwerpunkten wird der Artikel von *Jürgen Danyel* vorangestellt, der verdeutlicht, daß die Auseinandersetzung mit

22 S. zuletzt die hervorragende Darstellung von Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001, die trotz ihres Titels keinen Abschnitt zur Geschichte der Arbeitsmigration in die DDR enthält.

fremdenfeindlichem Gedankengut und rassistischen Übergriffen nicht ausschließlich als Spätfolge der DDR betrachtet werden kann. Der offizielle Antifaschismus in der DDR wie auch die gegenwärtige tagespolitische Skandalisierung und politische Instrumentalisierung fremdenfeindlicher Übergriffe trugen und tragen vielmehr dazu bei, eine kritische Auseinandersetzung mit den damit verknüpften Fragen nach Liberalität und Humanität der vergangenen und gegenwärtigen politischen Ordnung und sozialen Praxis in Deutschland zu erschweren.

Vier Themenkreise erschließen dann die Vielschichtigkeit und Komplexität der DDR-Gesellschaft und ihrer Beziehungen zu „Fremden“. In den ersten beiden Abschnitten werden die für die Konstruktion und Konstitution von SED-Staat und DDR-Gesellschaft wesentlichen Bezüge hergestellt: die wohl unstrittige Bedeutung der Hegemonialmacht Sowjetunion für die Existenz der DDR und der durch Abgrenzung und Konkurrenz zwischen den deutschen Staaten gleichermaßen evidente Einfluß der Bundesrepublik auf das Selbstverständnis und Handeln in den jeweiligen Teilsellschaften. Daran schließen Beiträge an, die sich der Untersuchung von Inklusions- und Exklusionsmechanismen in der sozialen Praxis des SED-Staates widmen und damit den gesellschaftlichen Bedingungsrahmen für die Existenz von Ausländern in der DDR beschreiben, dem Thema des abschließenden und umfangreichsten Abschnitts. Der Anhang bietet das bereits erwähnte Thesenpapier und eine ausführliche Bibliographie.

Im einzelnen wird im Abschnitt „Staatssozialismus als Fremdherrschaft“ von *Gábor T. Rittersporn* die Frage gestellt, inwiefern der Umgang mit „Fremden“ in der Sowjetunion als Vorbild bzw. Handlungsanleitung für die SED in diesen Fragen gesehen werden kann. Die Etablierung der Sowjetherrschaft in Rußland ging mit einer Strategie der zunehmenden Ethnisierung innerer Konflikte einher. Daraus entstand eine mentale Disposition von Terror und Angst bei den deutschen Kommunisten, die im sowjetischen Exil gleichzeitig teilnehmende Beobachter und potentielle Opfer dieses Prozesses gewesen waren. *Oliver von Wrochem* schildert, wie die Erinnerung an die sowjetische Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg als Fremdherrschaftserfahrung im deutsch-deutschen Grenzgebiet nachfolgenden Generationen übermittelt wurde. Dabei lieferten persönliche Schreckensberichte eine Bestätigung vorhandener Feindbilder der NS-Propaganda und durchliefen im Alltag keinen Abschleifungsprozeß, da sie in der Öffentlichkeit tabuisiert waren. *Jan C. Behrends'* Beitrag knüpft daran an, indem er den Versuch der Implementierung eines positiven Rußland-/Sowjetunionbildes durch die SED vorstellt. Dieser scheiterte nicht nur an der dahinter verborgenen Minderheitenperspektive der deutschen Kommunisten auf die Hegemonialmacht, die der Mehrheitserfahrung der Bevölkerung widersprach. Zugleich war die „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ eng an die offizielle Regierungspolitik gebunden; diese Reglementierung ließ kaum Raum zum Überwinden von Vorurteilsstrukturen.

Der Abschnitt „Gesamtdeutsche Dimensionen“ wird durch *Christoph Classens* Vergleich der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staa-

ten eingeleitet. In diesem langwierigen Prozeß, den er als erfolgreiche Pluralisierung beschreibt, sieht Classen im Westen allmählich eine Kultur des politischen Konflikts entstehen. Im Osten scheiterte hingegen die oktroyierte Festlegung auf ein antifaschistisches Geschichtsbild auch deshalb, weil sie Bestandteil einer versuchten Homogenisierung der DDR-Gesellschaft und ihrer Geschichtskultur „von oben“ war. Hier zeigt sich, wie unterschiedlich im vereinten Deutschland die Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem gegenwärtigen Rechtsextremismus sind. Daran schließt sich der Beitrag von *Ina Dietzsch* an, in dem die Binnensicht der deutsch-deutschen Verhältnisse anhand privater Korrespondenz vorgestellt wird. Angesichts der manifesten Teilung war die Nation als gesamtdeutscher Bezugspunkt für viele Deutsche problematisch geworden. Insbesondere die Ostdeutschen bemühten sich in einer Form von „mental mapping“, ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation zu bewahren, indem sie sich deutlich vom „Osten“ und damit eben auch von den politischen Verhältnissen im eigenen Land abgrenzten. Welche politischen Probleme die nationale Zugehörigkeit von deutschen Aussiedlern aus der Sowjetunion der SED-Führung bereitete, führt *Nicole Hirschler-Horáková* aus. Die Konkurrenz mit der Bundesrepublik verbot es, dem Problem gegenüber gleichgültig zu bleiben, aber die Abhängigkeit von der Hegemonialmacht reduzierte die eigenen Handlungsräume soweit, daß lediglich eine restriktive Regelung des Zuzugs aus der Sowjetunion in die DDR ermöglicht wurde.

Im folgenden Abschnitt „Soziale Ausgrenzung in der DDR“ veranschaulicht *Heike van Hoorn* am Beispiel des Schicksals vertriebener Antifaschisten aus dem Sudeetenland in der SBZ, daß politische Gefolgschaft unter kommunistischer Herrschaft nicht folgerichtig zu gelungener Integration führte oder gar zu gesellschaftlichem Aufstieg verhalf. Das fragile politische Arrangement zwischen kommunistischer Herrschaft und einheimischer Bevölkerung vertrug von beiden Seiten keine Gewichtsverlagerung zugunsten Dritter. Wie sehr Differenz in der staatssozialistischen Diktatur als Störung wahrgenommen wurde, führt *Thomas Lindenberger* am Beispiel des juristischen Diskurses über den Umgang mit „asozialem Verhalten“ in der DDR aus. Die SED war durch die Stigmatisierung und Kriminalisierung von unangepasstem Verhalten in der Lage, ihr Legitimationsdefizit abzuschwächen, indem sie auf ältere Verhaltensnormen und „Sekundärtugenden“ in der Mehrheitsbevölkerung rekurrierte. Im folgenden Beitrag von *Elfie Rembold* über den intergenerationellen Konflikt um das Entstehen einer westlich orientierten Jugendkultur in der DDR der sechziger Jahre wird das geringe Maß an Toleranz unter kommunistischer Herrschaft deutlich. Die Homogenisierungsversuche des Staates gegenüber den Jugendlichen verweisen trotz revolutionärer Klassenkampfrhetorik auf eine im Wortsinne „reaktionäre“ Weltsicht. *Joan Hackeling* kann in ihrem Beitrag über Rostock in den Jahren vor und nach der Wende die alltagsgeschichtliche Verdinglichung von abstrakten Vorstellungen über das „Eigene“ und „Fremde“ im Staatssozialismus und in der Transformations-

gesellschaft aufzeigen. Im Mittelpunkt steht dabei der für die DDR-Gesellschaft spezifische *sense of place* und damit die Verknüpfung von sozialen und geographischen Dimensionen des Raumes. Den DDR-Bürgern war es demnach möglich, die sozial-räumliche Ausrichtung von Herrschaftspraxis eigen-sinnig zu nutzen, indem sie im Rahmen der abgeschlossenen DDR wenn schon nicht die gesellschaftlichen Umstände, so doch zumindest den geographischen Ort ihrer individuellen sozialen Praxis wechselten – gerade auch im Umgang mit als „problematisch“ wahrgenommenen „Außenseitern“ und „Fremden“.

Der Ankunft und dem Aufenthalt von „Ausländern in der DDR“ widmet sich der letzte Abschnitt des Bandes. Die Abwehr von allen als nicht dem eigenen „Lager“ zugerechneten Umständen, Haltungen und Personen durch die Staatspartei wie die Bevölkerung erzeugten das Syndrom einer latenten Integrationsschwäche der DDR-Gesellschaft und damit höchst problematische Aufnahme- und Lebensbedingungen für die verschiedenen Gruppen von Migranten. Der von *Patrice G. Poutrus* geschilderte Fall der sogenannten Polit-Emigranten weist dabei strukturelle Ähnlichkeiten mit dem von Heike van Hoorn untersuchten Beispiel auf. Das aus politischem Kalkül gewährte Asyl in der DDR konnte die zumeist kommunistischen Flüchtlinge des Kalten Krieges nicht vor der Erfahrung fremdenfeindlicher Diskriminierung bewahren, wobei Fälle stillschweigender Komplizenschaft zwischen Bevölkerung und Staatsgewalt auszumachen sind. *Uta Röchels* Beitrag über das SWAPO-Kinderheim in Bellin beleuchtet anschließend, in welchem hohem Maße die Solidaritätspolitik des SED-Staates von rein außenpolitischen Erwägungen getragen war und wie wenig die sich daraus ergebenden Möglichkeiten interkultureller Begegnungen und Erfahrungen genutzt wurden. Informelle Kontakte der Heimkinder zu Familien außerhalb waren nicht gänzlich ausgeschlossen und wurden hingenommen, galten aber aus der Perspektive der Staatspartei bereits als problematischer Regelverstoß. *Dennis Kuck* kann in seiner Darstellung zur Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in der DDR zeigen, daß hinter deren offizieller Legitimation als internationalistischer Hilfe handfester Arbeitskräftemangel stand, und zwar insbesondere im Bereich unqualifizierter und schlecht bezahlter Tätigkeiten, für die „Werkstätige“ aus der DDR nicht mehr zu finden waren. Die bilateralen Vereinbarungen mit den Entsendeländern nahmen keine Rücksicht auf die Interessen und Bedürfnisse der einzelnen „Vertragsarbeiter“, transnationale Kontakte zwischen Kollegen blieben systematisch auf den Arbeitsplatz begrenzt, die Unterbringung erfolgte in von der DDR-Bevölkerung abgetrennten Wohnheimen, die von den Sicherheitsorganen penibel überwacht wurden. Diese institutionalisierte Segregation förderte die Bildung negativer Stereotypen und die Verbreitung von Gerüchten in der Bevölkerung. Für den Fall von Arbeitnehmern aus der Volksrepublik Polen ergaben sich dabei, wie der Beitrag von *Rita Röhr* zeigt, zusätzliche politische Komplikationen: Hier handelte es sich um eine heterogene, sowohl aus Pendlern wie aus vorübergehend in der DDR wohnenden „Vertragsarbeitern“ bestehende Gruppe,

deren Stellung in der DDR-Gesellschaft auch von den Konjunkturen des problematischen Verhältnisses zwischen dem „stabilen“ SED-Regime und der von demokratischen Massenbewegungen und permanenter Wirtschaftskrise erschütterten Volksrepublik tangiert wurde. Abschließend schildert *Annegret Schüle* in ihrer alltagsgeschichtlichen Darstellung eindringlich den Prozeß der Unterschichtung in der veralteten Textilindustrie im Raum Leipzig. Die afrikanischen „Vertragsarbeiter“ nahmen in der Betriebshierarchie die unterste Position in den ausgedünnten Belegschaften ein. Exotismus, Paternalismus, Sexismus und zuweilen offener Rassismus überlagerten sich im Umgang mit den ausländischen Arbeitskräften auf paradoxe Art und Weise und führten so zu paternalistisch-ambivalenten Haltungen der deutschen Kollegen und Kolleginnen, die positive Würdigungen wie herabsetzende Ablehnung einschlossen.

Danksagung

Das Zustandekommen dieses Tagungsbandes haben viele durch ihre konstruktive Kritik, durch politische, organisatorische und publizistische Unterstützung und nicht zuletzt durch die Bereitschaft, sich überhaupt auf Diskussionen über unangenehme und wenig populäre Aspekte der DDR-Vergangenheit einzulassen, unterstützt. Zu besonderem Dank sind wir Almuth Berger verpflichtet, der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, die uns vor allem im Anfangsstadium des Unternehmens in der Überzeugung bestärkt hat, daß eine Aufarbeitung der Geschichte von Ausländern in der DDR notwendiger sei denn je. Das „Aktionsbündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt“ in Brandenburg und dessen damaliger Pressesprecher Dr. Wolfgang Meyer zu Utrup haben durch finanzielle und organisatorische Hilfen den Start unserer Projektgruppe am ZZF und die Tagung im Dezember 2000 unterstützt. Das gilt auch für die Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg, die durch kurzfristige finanzielle und organisatorische Unterstützung die Tagung mit ermöglicht hat.

Die Leiter des ZZF, Prof. Dr. Konrad H. Jarausch und Prof. Dr. Christoph Kleßmann, haben von Anfang an die Initiative ihrer Mitarbeiter unterstützt, diese durchaus auch mit politischen Unwägbarkeiten und Risiken behaftete Thematik zu einem neuen Forschungsprojekt am ZZF zu entwickeln. Dennis Kuck, nunmehr im hessischen Schuldienst, war in der Anfangsphase des Projekts maßgeblich an dessen Konzipierung beteiligt. Unser Dank geht ferner an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung im Dezember 2000, die mit ihrer engagierten und zugleich sachlichen Diskussion – unterstützt durch die umsichtige Moderation von Dr. Árpád von Klimó und Dr. Hans-Hermann Hertle – wesentlich zu deren Gelingen beitrugen. Unsere studentischen Hilfskräfte Marcel Streng und Christoph Kalter haben nicht nur die Manuskripte korrigiert und eingerichtet, sondern auch die Literaturangaben verein-

heitlich und zu einer Bibliographie verarbeitet. Schließlich sind wir Friedrich Veitl vom Metropol Verlag doppelt zu Dank verpflichtet: zum einen für die rasch erklärte Bereitschaft, diesen Band in das Verlagsprogramm aufzunehmen, zum anderen für die wohlwollende Geduld angesichts der auch bei diesem Editionsprojekt nicht ausbleibenden Verzögerungen bei der Fertigstellung.

Bielefeld/Potsdam, im Herbst 2002

Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus